



**Nadja Sthamer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

31.01.2024

**“Der offene Brief der ostdeutschen IHK-Präsidenten an den Bundeskanzler ist kopflos und zerstörerisch.”** so die Leipziger SPD-Bundestagsabgeordnete Nadja Sthamer.

Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft, mit denen wir in Leipzig und Sachsen konfrontiert sind, zeigen einen ganz anderen Handlungsbedarf, als die plumpe Rhetorik des Briefes vermuten lässt. Mit dem Anpacken der Ampel-Regierung in der ersten Halbzeit wurden trotz aller Krisen endlich die Weichen für eine zukunftsfähige Wirtschaft, den Ausbau erneuerbarer Energien sowie für bessere Bedingungen für die Gewinnung von Fach- und Arbeitskräften gestellt.

Insbesondere Fragen zu Digitalisierung und Technologisierung wurden angegangen. Die Verringerung der Bürokratie wird mit dem Bürokratieentlastungsgesetz IV endlich angepackt. Mit der Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro wurde gezielt etwas dafür getan, dass sich Arbeit lohnt. “Dem Wunsch der IHK nach einem Abbau des Sozialstaates stelle ich mich als Sozialdemokratin entschieden entgegen.” führt Sthamer aus.

“Während sich bundesweit große Wirtschaftsverbände und Wirtschaftsforschungsinstitute deutlich gegen rechtspopulistische Rhetorik und für mehr Offenheit und Chancen für Menschen aus aller Welt einsetzen, vermisse ich diese wichtige Positionierung der Leipziger und ostdeutschen IHKs. Ich würde mir sehr wünschen, dass es eine von der IHK getragene Kampagne für Geflüchtete und ausländische Fachkräfte gibt. So hätten sie die Chance, das Klima in Sachsen und Leipzig mitzubestimmen, um Sachsen nicht noch unattraktiver für kluge Köpfe aus dem Ausland werden zu lassen. Frei nach dem letzten Satz Ihres Briefes fordere ich: Herr Kirpal, das beste Mittel gegen Rechtspopulismus ist eine sachorientierte und abgestimmte politische Arbeit. Stehen Sie zu Ihrer Verantwortung!”, so Sthamer weiter.

“Ich fordere die ostdeutschen IHK-Präsidenten zu einer Demokratie-Allianz auf, bei der sie sich bewusst für ein demokratisches Klima des Miteinander und der Integration einsetzen, gerne in der ersten Reihe der Demokratie-Bewegung, die gerade vielerorts für unsere Demokratie eintreten!” so die SPD-Bundestagsabgeordnete Nadja Sthamer abschließend.

**Hintergrund:** <https://www.ihk.de/erfurt/presse/pressemitteilungen/offener-brief-an-den-kanzler-ostdeutsche-ihk-praesidenten-kritisieren-regierungshandeln-scharf-6047250>

Pressemitteilung